Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 11

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rumänien

Totalsanierung von Schwarzmeerstützpunkt

Für über 2,5 Milliarden Euro will das rumänische Verteidigungsministerium die nahe der Schwarzmeerküste gelegene Militärbasis «Mihail Kogalniceanu» wiederaufbauen. Kapazitätserweiterung und NATO-Standards sind dabei taktangebend, wenngleich sich das Projekt über die nächsten 20 Jahre erstrecken wird. Dereinst soll der Stützpunkt Platz für bis zu 10 000 eigene, aber auch internationale NATO-Soldaten bieten und die gesamte rumänische Kampfjetflotte aufnehmen können. Es wird nebst militärisch notwendiger Infrastruktur auch Schulen, Kindergärten, Militärhotels und Supermärkte geben, die Gebäudefläche wird auf mehr als 30 Hektaren veranschlagt. Strom wird durch Photovoltaik und einem eigenen Kraftwerk generiert, das gesamte Areal von 76 km Stacheldraht umzäunt. Derzeit ist Mihail Kogalniceanu besonders für die US-Streitkräfte relevant, diese nutzen den Standort als Transitpunkt für ihre Truppen und Waffen, welche in den nahen und fernen Osten verschoben werden, aber auch als Hub für das in Rumänien stationierte THAAD antiballistische Raketenabwehrsystem. Vor allem aber dient die Air Base der NATO Quick Reaction Force im Falle einer akuten russischen Bedrohung. Bemerkenswert ist deshalb, dass die US-Administration unter Präsident Trump mehr als 21 Millionen US Dollar für den Werterhalt einer speziellen Munitionsladerampe auf dem Flugfeld gestrichen hat. Das Geld wird nunmehr für den Bau der US-Grenzmauer zu Mexiko verwendet.

Mihail Kogalniceanu Air Base. Bild: US Mission to NATO

Russland

Neuste Generationen in Tandemformation.

Die Zukunft ist «unsichtbar»

Russland schickte am 27. September erstmals seine Stealth-Drohne S-70 Okhotnik zusammen mit einem Su-57 Tarnkappenjäger in die Luft. Der Testflug dauerte etwa 30 Minuten. Gemäss dem russischen Verteidigungsministerium war das Besondere an diesem Test, dass die Drohne die Radar- und Zielerkennungs-, sowie -bezeichnungsreichweite der Su-57 massiv erweiterte. Dies dürfte auf eine beabsichtigte zukünftige Zusammenarbeit der beiden Waffensysteme deuten. Bemerkenswert, die Okhotnik absolvierte ihren Erstflug Anfang August. Da auch die Su-57, deren Prototyp erstmals 2010 abhob, relativ neu – respektive in der Entwicklung noch nicht ausgereift ist – zeichnet sich kein baldiger (gemeinsamer) Einsatz der beiden Systeme ab.

Putin, der erst im Mai den Kauf «dutzender Tarnkappenbomber» ankündigte, gibt sich jedoch zuversichtlich. «Der Preis konnte beim Hersteller Suchoi um 20% gedrückt werden, deshalb werde er bis 2027 mindestens 76 Stück anstelle der geplanten 16 beschaffen lassen, «sofern die angepassten Pläne und Abmachungen eingehalten werden», so der russische Präsident.

Schweden

Marine bunkert sich ein

Nach dem Kalten Krieg wurden sie eingemottet: Schwedens unterirdische Marinehauptquartiere. Nun, im Zuge der neuerlichen Bedrohung aus dem Osten, verlegt die Marine ihren Kommandoposten wieder unter Grund nach Muskö, einer südlich vor Stockholm gelegenen Insel. Mit einer feierlichen Zeremonie wurde Ende September der Umzug eingeleitet. Rebecca Landberg, Marinesprecherin, schwärmt denn auch vom Muskö-Stützpunkt: «Es ist eine verteidigungstechnisch einmalige Anlage. Der gesamte unterirdische Bereich ist so gross wie die Altstadt von Stockholm». Damit im Angriffsfall die Marine einsatzbereit bleibt, können sogar Schiffe im Fels anlegen. Muskö soll, laut der schwedischen Offiziersgewerkschaft bis spätestens 2022 wieder vollständig operationell sein. Gleichzeitig zogen sowohl das Heeres-, als auch das Luftwaffenkommando von der Hauptstadt weg, in dezentrale Orte, die besseren Schutz bieten. Ziel auch dort, weniger anfällig für mögliche Angriffe zu sein.

Korvette der Göteborg-Klasse beim Auslaufen auf Muskö.

Deutschland / Frankreich

Deutsch-Französische Brigade feiert 30. Geburtstag

Die Deutsch-Französische Brigade feierte am 21. September 2019 in der Robert-Schumann-Kaserne in Müllheim im Markgräflerland ihr 30-jähriges Bestehen. Zum Abschluss wurde beim Einnachten der Grosse Zapfenstreich, erstmals mit der deutschen Nationalhymne und der französischen Marseillaise, zelebriert.

Die Geschichte der deutsch-französischen Freundschaft begann 1963 mit dem Élisée-Vertrag. Nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg sollte es nie wieder zu einem Krieg zwischen den beiden Ländern kommen. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer unterzeichneten mit dem Élisée-Vertrag das erste Dokument, das auch eine militärische Zusammenarbeit erwähnte. 1987 wurde auf einem Gipfeltreffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterand in Karlsruhe die Entscheidung für die Gründung eines gemischt deutsch-französischen Verbandes getroffen. Die Brigade wurde daraufhin 1989 in Böblingen aufgestellt und 1990 in Dienst gestellt.

Heute ist die ca. 6000 Mann/Frau starke Brigade, deren Erkennungszeichen das blaue Béret mit dem gemeinsamen Landesfarben-Emblem sowie dem Oberarm-Badge ist, diesseits und jenseits des Rheins wie folgt aufgestellt: Stab, Stabskompanie und Versorgungsbataillon in Müllheim, das 3e régiment de hussards in Metz, das 1er régiment d'infanterie in Sarrebourg, das Jägerbataillon 291 in Illkirch, das Jägerbataillon 292 in Donaueschingen/D, das Artilleriebataillon 295 sowie die Panzerpionierkompanie 550 in Stetten am Kalten Markt.

Für seine Einsätze ist die Brigade in die Befehlsstrukturen des Eurokorps eingebunden. Seit 2018 ist eines der Haupteinsatzgebiete das afrikanische Mali. 2018 waren Teile der Brigade in Litauen im Einsatz. Engagements in Afghanistan sowie auf dem Balkan gingen voran. Die Brigade war bisher auch immer wieder in der Katastrophenhilfe engagiert, so bspw. im Jahr 2000 bei der Havarie des Tankers Erika vor der bretonischen Küste, oder beim Elbe-Hochwasser von 2002.

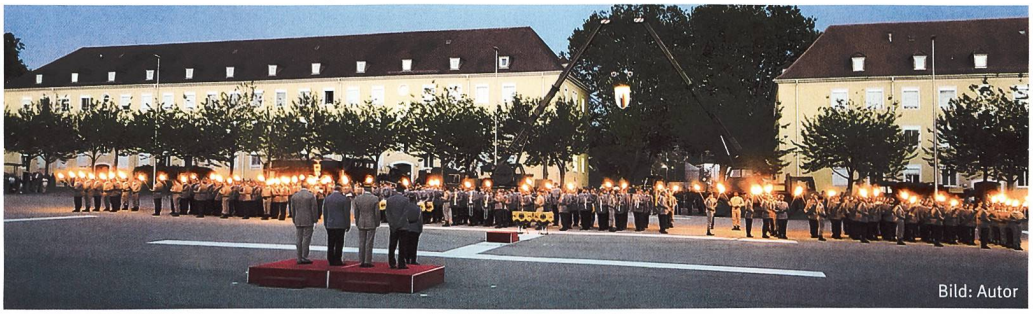
Bild: Autor

Grosser Zapfenstreich in der Robert-Schumann Kaserne Müllheim.

Südamerika

Säbelrasseln zwischen Venezuela und Kolumbien

Immer wieder kommt es zu Spannungen zwischen Kolumbien und Venezuela. Jüngste Vorfälle haben jedoch die Angst vor einem bewaffneten Konflikt neu geschürt. Doch wie wahrscheinlich ist eine militärische Auseinandersetzung?

Die Liste der Animositäten zwischen den beiden südamerikanischen Ländern ist lang. Am Anfang stand die offene Feindschaft zwischen dem kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe (2002–2010) und dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez (1999–2013). Sie vergiftete die Beziehungen zwischen beiden Ländern bis hin zu einem Abbruch der Beziehungen. Es kam jedoch nicht zu einem Krieg. Die folgende Entspannungsphase, die durch die venezolanische Vermittlungshilfe im kolumbianischen Friedensprozess mit den FARC-Rebellen eingeleitet wurde, verbesserte die Kommunikation zwischen den Nachfolgern, dem Kolumbianer Juan Manuel Santos (2010–2018) und dem Venezolaner Nicolás Maduro (seit 2013). Im Jahr 2019 verschlechtert sich aber die Beziehung zwischen beiden Ländern auf dramatische Weise. Droht jetzt ein militärischer Konflikt?

Maduro eröffnete im September 2019 ein Militärmanöver an der Grenze zu Kolumbien, um zu demonstrieren, dass Venezuela in der Lage ist, eine mögliche Invasion abzuwehren. Die venezolanische Armee (FANB) setzte Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge, Flakbatterien, mobile Raketenwerfer und Spezialtruppen ein. Remigio Ceballos, Leiter des Oberkommandos der FANB, leitete den ersten Tag der Übungen und versicherte, dass Venezuela «Freunde auf der ganzen Welt habe». Ceballos spielte auf die vermutliche Anwesenheit russischer und kubanischer Offiziere unter den 150 000 Soldaten an.

Am zweiten Juli kündigte der venezolanische Oppositionsführer und von vielen Staaten anerkannte Interimspräsident Guaidó an, dass das Parlament den Wiederbeitritt des Landes in die Gruppe der Unterzeichner des Interamerikanischen Vertrages über gegenseitigen Beistand (TIAR) erwägen würde. Dieses Abkommen könnte eine regionale militärische Offensive gegen die Regierung Maduro erleichtern. Denn Guaidó und die Staaten, die den Oppositionsführer unterstützen, haben Maduros zweite Amtszeit (2019–2025) wegen Wahlmanipulation nicht anerkannt. Die venezolanische Regierung, die 2013 aus dem besagten Vertrag austrat, bezeichnet den Aufruf der Opposition, das TIAR-Abkommen gegen Maduro geltend zu machen, als «feindlichen Akt» gegen die nationale Souveränität.

Genau deswegen wurden auch die Übungen anberaumt. Sie sind Maduros Antwort auf Guaidós Aufruf an die Mitglieder der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), das TIAR-Abkommen gegen Maduro anzuwenden. Darüber hinaus hat der derzeitige Präsident Kolumbiens, Iván Duque, Maduro beschuldigt, kolumbianische Guerillas auf venezolanischen Staatsgebiet Unterschlupf zu gewähren.

USA / Europa

Grösstes Manöver in 25 Jahren

«Defender 2020»: Es wird die grösste Übung der US-Streitkräfte dieser Art in Europa seit 25 Jahren. Bis zu 20 000 Soldaten, Panzer und Militärgerät einer ganzen Division werden dazu über den Atlantik gebracht.

Dreh- und Angelpunkt von «Defender 2020» wird Deutschland sein, geübt wird die Verlegung von Soldaten nach Polen und ins Baltikum. Daran beteiligt sind auch 16 weitere NATO-Staaten. Zwischen April und Mai 2020 würden die Truppen mit Unterstützung der Bundeswehr durch Deutschland geführt. Dazu seien drei sogenannte Convoy-Support-Zentren für die Marschkolonnen und der Aufbau einer Tankanlage auf dem Truppenübungsplatz Bergen in der Lüneburger Heide geplant. Das deutsche Heer beteilige sich zudem «in den Bereichen Kampf, Kampfunterstützung und Führung».

Der aktuelle Übungsraum ist Polen und das Baltikum, allerdings ist die Logistik ebenfalls Teil des Manövers. Dass die über Deutschland abgewickelt wird, zeigt die hohe strategische und operationelle Bedeutung des Landes.

Etwa gleichzeitig vermeldeten die USA den Verkauf von Anti-Panzer-Raketen vom Typ Javelin an die Ukraine. Die Javelin ist klein, leicht und gilt als die gefährlichste Waffe dieser Art schlechthin. Sie sucht ihr Ziel selbstständig und knackt es von oben. 150 Panzerabwehrwaffen liefert die US-Regierung nun nach Kiew.

Die USA unterstützen das osteuropäische Land bereits seit 2014 militärisch, nachdem Russland die Halbinsel Krim annektiert hatte. Um die Javelin-Raketen bemüht sich die Führung in Kiew schon länger. Sie ist eine Abwehrrakete ganz neuen Typs. Das von den Herstellern Raytheon und Lockheed Martin produzierte Lenkwaffensystem kann aus grosser Entfernung gegen Panzer, gepanzerte Fahrzeuge oder Bunker eingesetzt werden. Ihr Operateur muss nur während des Abschusses anvisieren, danach findet die «Fire and Forget»-Waffe selbst ihr Ziel. Gerade im Krieg im Osten der Ukraine ist dies ein Vorteil, da die Gefechte zumeist in relativ dicht bebautem Gebiet stattfinden.

Hong Kong

Situation verschlechtert sich drastisch

Was vor über vier Monaten als friedliche Proteste begann, nimmt stetig negative Wendungen. Alle Seiten – Demonstranten, Pro-Peking-Gruppen, die Polizei – eskalierten. Die Polizei schoss sogar scharf gegen unbewaffnete und nichtgewaltbereite Personen. Anfangs Oktober wurde ein Vermummungsverbot über Notrecht erlassen.

Die Entscheidung rief auf der Gegenseite erneute Proteste hervor, die auch in massive Gewalt umschlugen. Unter anderem setzten die Demonstranten nach Informationen der «South China Morning Post» einen U-Bahn-Eingang,

Das soll als Vermummung zählen. Bild: DPA

festlandchinesische Banken und einen Zug in Brand. Die Regierung liess den gesamten U-Bahnverkehr in der Stadt mit sieben Millionen Einwohnern einstellen.

Die Internetzeitung «Hong Kong Free Press» berichtete, dass ein Polizist, der sich nicht im Dienst befand, einem 14 Jahre alten Demonstranten in die Hüfte geschossen habe. Der Beamte wurde daraufhin von Demonstranten geschlagen und mit zwei Brandbomben beworfen. Die Polizei begründete den Schuss mit Lebensgefahr für den Beamten.

Zusätzlich verhängte die Regierung sogenannte «Curfew hours». Ab Mitternacht ist der Aufenthalt im Freien untersagt. Dies hat Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam auf einer Pressekonferenz so kommentiert: «Wir glauben, dass das neue Gesetz eine abschreckende Wirkung auf maskierte gewalttätige Demonstranten und Randalierer haben und die Polizei bei der Strafverfolgung unterstützen wird.» Bis zu einem Jahr Gefängnisstrafe droht demjenigen, der sich künftig weiter vermummen sollte. Eine von Aktivisten beantragte einstweilige Verfügung gegen das Vermummungsverbot lehnte das Oberste Gericht sofort ab, wie die «South China Morning Post» berichtete.

Im Oktober soll das Hongkonger Parlament den Erlass formal behandeln. Dann soll der Erlass formal zum Gesetz werden. Doch die Umsetzung wird ein weiterer Kraftakt für die Polizei in der Sonderverwaltungszone werden, die mit den Demonstrationen schon bisher häufig überfordert war. Es steht nicht zu erwarten, dass sich die Demonstranten an das neue Gesetz halten werden. Schliesslich setzen sich bereits seit mehr als vier Monaten über die Demonstrationsverbote hinweg.

Saudi-Arabien

Am Rande des (weltweiten) Abgrunds?

Kronprinz Mohammed bin Salman, kurz MBS, machte klar: «Ein Krieg mit Iran führt zum sicheren Kollaps der Weltwirtschaft». Wollen wir das, fragt sich das zwangsläufig der aufgeklärte Westen. MBS hat sich im Krieg mit dem Jemen militärisch verzettelt, allenfalls sogar verrechnet. Jahrelange Bombardements, mit starker direkter militärischer Unterstützung der USA, erhaltene Waffenlieferungen und Aufrüstung durch ebendiese, auch durch das Vereinigte Königreich und Frankreich brachten keinen Erfolg. Die Zivilbevölkerung ist am Ende, die grösste humanitäre Krise der Dekade Tatsache: 24 Millionen Menschen sind auf Unterstützung angewiesen. Die UNO untersucht mögliche Kriegsverbrechen aller beteiligten Parteien und ist sich seit September einig: Das kollektive Versagen hat eine kollektive Verantwortung. Unterdessen brannte der Hochgeschwindigkeitsbahnhof Haramain im saudischen Jeddah nieder. Erst 2018 eröffnet, versucht der zustän-

MBS besucht seine Truppen an der jemenitischen Grenze.

dige Minister Prinz Khalid Al-Faisal deshalb zu beschwichtigen und warnt vor voreiliger Schuldzuweisung. Klar ist hingegen, die Ölförderanlagen Abqaiq und Kharais wurden «von aussen» angegriffen. 25 nicht näher identifizierte Flugkörper, darunter 18 Drohnen und weitere sieben Marschflugkörper legten 7% der weltweiten Ölförderung lahm. Jemenitische Huthis übernahmen die Verantwortung, MBS gab dem Iran die Schuld. Kurz danach, Ende September, griffen die gleichen Rebellen in einer mehrtägigen Operation mit dem Decknamen «Gottes Sieg» auf saudi-arabischem Territorium einen Militärkonvoi an und töteten gemäss eigenen Angaben bis zu 500 Saudis, nahmen weitere 2000 Soldaten gefangen und erbeuteten eine grosse Zahl an Fahrzeugen. MBS' Reaktion auf diese Teilniederlage: er lässt erstmals in der Geschichte seines Königreichs Touristenvisa ausstellen, nur um am darauffolgenden Tag dann noch 19 zu beachtende Sittlichkeitsregeln nachzureichen. Immerhin, Touristinnen müssen «nur» Schultern und Knie bedecken, hingegen kein Kopftuch oder ähnliches tragen. Deshalb, ein Jahr nach dem Kashoggi-Mord in der saudischen Botschaft in der Türkei scheint sich MBS, der zwar eine Teilverantwortung für den Tod des Journalisten übernimmt, aber bestreitet die Vollstreckung angeordnet zu haben, seiner Position sicherer denn je zu sein. An dem jährlich wiederkehrenden Anlass der «Future Investment Initiative», auch unter dem Namen «Davos in the Desert» bekannt, trafen sich Ende Oktober sämtliche Vertreter namhafter Blue Chip-Firmen und Grossinvestoren. Darunter auch zahlreiche, welche noch vor einem Jahr infolge der Negativschlagzeilen zu Kashoggi auf Distanz zum Kronprinzen gingen. So wird sein Rücken gestärkt. Verständlich, dass MBS die westliche Welt dazu anhält, den Iran in Schach zu halten. Er droht, dass ein Krieg mit dem schiitischen Erzfeind gravierende Konsequenzen auf den weltweiten Erdölpreis hätte. Entsprechend haben die USA wenig Interesse an einer offenen militärischen Auseinandersetzung, auch wenn Trump mit seinem unilateralen Atomvertragsausstieg als Hauptverantwortlicher für die derzeitige Eskalation der Beziehungen in der weiteren Golfregion bezeichnet wird. So ist es auch nachvollziehbar, dass die USA auf Verlangen von Riyad Truppen zur Unterstützung nach Saudi-Arabien – das immerhin mit knapp 68 Milliarden US Dollar das weltweit drittgrösste Verteidigungsbudget besitzt – entsenden.

China

Militärfeier zum Siebzigsten

Peking feierte im Oktober das 70-jährige Bestehens der Volksrepublik mit einer grossen Militärparade. Viele neue Waffensysteme wurden gezeigt. Mehr als eine Feier war es eine Machtdemonstration.

15 000 Soldaten, mindestens 160 Flugzeuge und über 550 andere militärische Fahrzeuge wie Panzer, Raketen und Drohnen präsentierte Chinas Volksbefreiungsarmee auf der Parade zum 70. Jahrestag der Volksrepublik China. Neben Präsident Xi Jinping waren Premier Li Keqiang und die ehemaligen Staats- und Regierungschefs Jiang Zemin und Hu Jintao anwesend. Xi erklärte in grauer Mao-Jacke: «Keine Macht kann die Chinesen oder die chinesische Nation aufhalten.»

Der Rüstungsexperte Gabriel Domingues, der bei IHS Jane in London Analyst ist, ist sich sicher: «Die Parade war in vielerlei Hinsicht bemerkenswert, nicht nur wegen ihrer Grösse, sondern auch wegen der Waffensysteme, die gezeigt wurden.» Diese verdeutlichten nämlich, mit welchem ungeheuren Tempo China seine Armee modernisiert, so Dominguez weiter.

Mit der Parade gehe es China nicht nur darum, zu zeigen, welche Neuerungen die Volksbefreiungsarmee zu bieten hat, sondern auch darum, eine Nachricht an die Nachbarstaaten und potentielle Gegner der Volksrepublik zu senden. «China will den Abstand zu anderen Staaten aufholen, die USA überflügeln und letztlich die Kriegsführung zu seinen Gunsten ändern», sagt Dominguez.

Dabei setze die Volksrepublik in den letzten Jahren verstärkt auf offensive Waffensysteme, um über Chinas Grenzen hinaus Einfluss auszuüben.

Die Drohne GJ-11. Bild: AFP

Nicht ohne Grund hätten die USA China als «fast gleichrangigen Konkurrenten» klassifiziert.

In Chinas «Weissbuch zur Verteidigung» betont Peking die Wiedervereinigung mit Taiwan, aus Chinas Sicht einer abtrünnigen Provinz. Das militärisch zu ermöglichen, sei eine zentrale Anforderung an die Volksbefreiungsarmee.

Doch wie einsatzbereit sind die Waffen tatsächlich? In der Vergangenheit war es üblich, dass die Volksbefreiungsarmee nur einsatzfähige Waffensysteme zeigte. Dieses Jahr ist eine Beurteilung schwieriger, wie Dominguez erklärt. Die Drohne GJ-11 beispielsweise wurde erst vor Kurzem in Dienst gestellt. Über ihre Einsatzbereitschaft lässt sich deswegen nur spekulieren. Aber die Volksbefreiungsarmee selbst erklärte auf einer Pressekonferenz eine Woche vor der Parade, dass alle Systeme aktiv in Dienst stünden.

Pascal Kohler, Henrique Schneider